

Wertewandel und Sozialarbeit – Entwicklungsperspektiven kommunaler Sozialarbeitspolitik

Thomas Olk · Hans-Uwe Otto

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2021

1 Entstaatlichung, Deprofessionalisierung und Selbsthilfe: Gibt es einen Perspektivenwechsel in der Sozialarbeit?

Es ist kaum noch zu übersehen, daß die Szenerie im Bereich von Sozialarbeit/ Sozialpädagogik sich in den letzten Jahren grundlegend verändert: Überkommene Konfliktfronten und ehemalige »Dauerthemen« verlieren an Brisanz und werden unversehens durch neuartige Problemkonstellationen und Auseinandersetzungen abgelöst. Alte Programme und Zukunftsentwürfe werden zur Makulatur, ohne daß hinreichende Klarheit über alternative Entwicklungsperspektiven bestünde. So ist es etwa noch gar nicht lange her, daß eine Verbesserung der Lebensqualität ausschließlich von einem weiteren Ausbau des Angebots professioneller und bürokratischer Dienste erwartet wurde, während gegenwärtig die Ansicht an Attraktivität gewinnt, dergemäß das gleiche Ziel nur über eine *Entstaatlichung* und *Laisierung* sozialer Dienste zu erwarten wäre. Nicht die Ersetzung informeller und gewachsener Selbsthilfepotentiale (Familie, Nachbarschaften usw.) durch bürokratische Dienstleistungsorganisationen, sondern ihre Stärkung und Unterstützung auf Kosten letzterer ist zunehmend die Devise. Gleichzeitig wird Kritik an einer ausschließlich »klinisch kurativ« orientierten Professionalisierungsstrategie laut. Erhoffte man sich bislang eine Qualitätsverbesserung und höhere Bedürfnisadäquanz der Sozialarbeit/

Der Text erschien unter dem gleichen Titel erstmals 1981 in der Zeitschrift *neue praxis*, Heft 2 (S. 99-144). Die Grammatik und Interpunktion, Zitationen und Literaturhinweise sowie die verwendeten Genderformen entsprechen der Originalfassung. Lediglich offensichtliche Fehler wurden korrigiert. Alle Kürzungen sind durch eckige Klammern [...] vermerkt. Die Textkürzungen verantworten Stephanie Simon und Werner Thole.

Prof. Dr. Thomas Olk (✉)
Halle a.d.S., Deutschland

Prof. Dr. Hans-Uwe Otto
Bielefeld, Deutschland

Sozialpädagogik von ihrer weiteren Verwissenschaftlichung und Professionalisierung, so wird nun das Negativbild drohender »Expertenherrschaft« beschwört und eine »alternative« Professionalität oder gar eine »Deprofessionalisierung« sozialer Arbeit gefordert.

Darüber hinaus gerät das etablierte System sozialer Dienste unter Legitimationsdruck angesichts der Entstehung von Selbsthilfegruppen, die als Konkurrenz und Bedrohung interpretiert, aber auch als willkommener Vorwand für Rationalisierungsmaßnahmen sozialer Dienstleistungen herangezogen werden. Die unentgeltliche, freiwillige Hilfe in selbstorganisierten Gruppen gewinnt zweifellos an sozialpolitischer Relevanz und strategischem Interesse; in diese Initiativen werden– allerdings aus unterschiedlichen Motiven– große Hoffnungen gesetzt. Sehen die einen in ihnen die Anfänge einer »neuen Solidarität«, die einen alternativen Lebensstil symbolisieren, so rechnen andere mit einer partiellen Entlastung der Staatsfinanzen durch Abwälzung der Dienstleistungsproduktion auf informelle Netze und die Eigenarbeit der Betroffenen. Es wird rasch deutlich, daß die neuen Frontlinien z. T. quer durch die herkömmlichen politischen Lager verlaufen: Repräsentierte bislang die »progressive« Position die sozialpolitische Option der Professionalisierung und Verstaatlichung sozialer Dienste und beharrten die Konservativen– nicht zuletzt im Rückgriff auf das Subsidiaritätsprinzip auf Erhaltung der Selbsthilfekräfte der traditionellen Gemeinschaften und kleinen Gruppen, so hat sich mittlerweile diese Konstellation gründlich verändert: Konservative Sozialstaatskritiker und progressive Kapitalismuskritiker fordern– wenn auch mit unterschiedlichem Begründungsgemeinsam, eine Laisierung und Entstaatlichung der sozialen Dienstleistungsproduktion.

Allerdings haben die auf den ersten Blick erkennbaren Gemeinsamkeiten ihre Grenzen: Verknüpft die Bürokratiekritik »von rechts« ihre Diagnose des »verwalteten Bürgers« (Geißler) bzw. des »betreuten Menschen« (Schelsky) mit der sozialpolitischen Option einer *Individualisierung* der Problembewältigung und der *Auslagerung* von sozialen Sicherungsfunktionen auf den Markt, so beabsichtigt die Linke, die drohende »Entmündigung durch Experten« (Illich) auf dem Wege einer Strategie der Dezentralisierung und der Stärkung informeller Selbsthilfepotenziale *ohne* Abbau des Sozialstaats zu verhindern.

Überhaupt hat der bislang unumschränkt geltende »Fortschrittsmythos« an Faszination eingebüßt: Ebenso wie die ökologischen Folgen einer ausschließlich am quantitativen Wachstum des Bruttosozialprodukts orientierten Wirtschaftspolitik immer stärker in den Mittelpunkt des Interesses rücken, nimmt auch die Kritik an den entmündigenden Wirkungen der weiteren Expansion zentralisierter, bürokratisierter und professionalisierter Dienstleistungsapparate zu. Gefordert wird zunehmend eine Rückkehr zu kleinen, überschaubaren Einheiten, nach *dezentralen*, *unentgeltlichen* und *selbstbestimmten* Formen der Dienstleistungsproduktion.

Wie ist es zu diesem Perspektivenwechsel gekommen? Aus welchen Gründen werden lang gehegte Hoffnungen und scheinbar unumstößliche Entwicklungen einer derart tiefgreifenden Revision und Kritik unterzogen? Werden hier lediglich vordergründig Schlagworte und Legitimationsformeln ausgetauscht, um eine Fortsetzung der alten Politik unter neuen Etiketten zu ermöglichen, oder verbirgt sich hinter diesen Phänomenen ein grundlegender *Entwicklungsbruch*? Die folgenden Überle-

gungen sind weit davon entfernt, alle diese Fragen erschöpfend zu beantworten; sie dienen daher einem bescheideneren Zweck: Es soll eine erste und notwendig vorläufige Bestandsaufnahme versucht und produktive Fragen entwickelt werden, die mögliche Aufgaben zukünftiger Forschung umreißen.

In dieser Absicht werden wir zunächst einige folgenreiche Wandlungen im soziokulturellen System westlicher Gesellschaften diskutieren, die eine umfassende Wert- und Identitätskrise auszulösen scheinen. Unsere zentrale These in diesem Zusammenhang läuft darauf hinaus, daß im Zuge der Auflösung stabiler und homogener Sozialmilieus und der »Rationalisierung von Lebenswelten« ehemals stabile Konzepte von Normalität und Abweichung an normativer Geltungskraft verlieren und die Konturen der bürgerlichen Identität im Schwinden begriffen sind (vgl. Abschnitt 2). Die hieraus resultierende Erosion von Werten und Austauschbarkeit von Lebensentwürfen stellt die Politik im Sozialsektor vor neuartige Steuerungsprobleme, denn die bislang vorherrschende ordnungspolitische Strategie der Verstaatlichung, Bürokratisierung und Zentralisierung von Problemverarbeitungsformen stößt an ihre sozialen Grenzen. Angesichts dieser Situation läßt sich ein Strategiewechsel beobachten, der eine »dreistufige Dezentralisierung« einleitet (vgl. Abschnitt 3). [...]

Eine sich so konstituierende Sozialarbeitspolitik ist bestrebt, unter der Leitidee einer sozialen Kommunalpolitik die unverbunden nebeneinanderher bestehenden Teilpolitiken auf örtlicher Ebene auf das umfassende Ziel der qualitativen Verbesserung sozialer Chancen aller Bevölkerungsgruppen zu verpflichten. Die Realisierungschancen einer solchen sozialen Kommunalpolitik hängen allerdings davon ab, inwiefern es gelingt, gegen neokorporatistische Tendenzen der selektiven Interessenprivilegierung in den Kommunen offene Kooperations- und Koordinationssysteme unter Beteiligung der örtlichen Produzenten und Konsumenten sozialer Dienste zu etablieren. Des Weiteren bedarf es neuer Organisationsformen und Instrumentarien sozialer Arbeit, die eine dezentrale Steuerung lokaler Lebensbedingungen unter Beteiligung der Betroffenen erst möglich machen. [...] Abschließend geht es um die Strategie der Auslagerung sozialer Dienste auf Selbsthilfeinitiativen und nicht professionelle Sozialsysteme (vgl. Abschnitt 6). Die ambivalenten Wirkungen einer solchen »externen Dezentralisierung«, die sich in der Spanne zwischen Stärkung von Selbsthilfekompetenzen der Betroffenen einerseits und dem Leistungsabbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme andererseits ausdrücken, werden ebenso diskutiert wie mögliche Auswirkungen auf die selbstorganisierten Initiativen selbst. Die Analyse der aktuellen Entwicklungstendenzen im Bereich von Sozialarbeitspolitik und sozialer Kommunalpolitik zeigt, daß sich offenkundig Ansätze neuartiger Steuerungs- und Vermittlungsformen sozialer Dienste auf örtlicher Ebene herausbilden, die in ihren vielfältigen Auswirkungen und Konsequenzen für die Verarbeitung sozialer Probleme und die Gestaltung der lokalen Lebensbedingungen ebenso wenig untersucht worden sind, wie ihre Wirkungen auf die Stabilisierung einer autonomen Lebenspraxis der Betroffenen allenfalls in ersten Ansätzen deutlich werden.

2 Wertkrise und neue Lebensstile

2.1 Impressionen und Befunde zur Veränderung von Wert- und Einstellungsmustern

Ihrer (gesetzlichen) Programmierung und administrativen Zwecksetzung nach besorgt öffentliche Sozialarbeit/Sozialpädagogik primär die Anpassung ihrer Probanden an gesellschaftlich vorherrschende Normalitätsvorstellungen und Identitätsstandards. Dies bedeutet, daß die Identifizierung von unerwünschten bzw. abweichenden Zuständen, Verhaltensweisen und Persönlichkeitsmerkmalen vor dem Hintergrund typisierter, schicht- und geschlechtsspezifischer »Normalbiographien« erfolgt (vgl. zur Konstruktion solcher typischer Lebensabläufe Kudera 1979; vgl. speziell für die weibliche Normalbiographie z. B. Levy 1977; insb. S. 43 ff. sowie Gipsler u. a. 1980): So orientiert die gegenwärtig herrschende Form der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung den Mann in der Regel auf eine kontinuierliche, vom Familienzyklus unabhängige Berufstätigkeit, während die weibliche Normalbiographie vornehmlich durch die Phasen des Familienzyklus geprägt wird. Sind Männer daher nahezu ausnahmslos auf die Institution des Arbeitsmarktes verwiesen, so dominieren für Frauen die Anforderungen innerfamiliärer Rollen der sogenannten Schattenarbeit (Illich). Daß nach Maßgabe gesellschaftlicher Werte das Engagement im jeweils anderen Arbeitsbereich für beide Geschlechter in geringerem Maße festgelegt und verpflichtend ist, kann nicht die Tatsache überdecken, daß speziell von Frauen aus unteren sozialen Schichten zusätzlich bezahlte Arbeit zur Reproduktionssicherung der Familie geleistet werden muß.

Viele Anzeichen sprechen mittlerweile allerdings dafür, daß diese tradierten gesellschaftlichen Normalitätsvorstellungen in eine grundlegende Krise geraten sind: Übergreifende Werte sowie Einstellungen in Bezug auf Arbeit, Freizeit und Familienleben scheinen gleichermaßen betroffen zu sein. Aufsehen hat in diesem Zusammenhang zweifellos die vielfach nachgewiesene Abkehr von der »bürgerlichen Arbeitsmoral« hervorgerufen. So wurde etwa die in Umfragen gestellte Frage »Glauben Sie, es wäre am schönsten zu leben, ohne arbeiten zu müssen?« 1962 von 18 %, dagegen von und 1976 sogar von 30 % der Berufstätigen bejaht (vgl. Noelle-Neumann 1977: XXIX). Die Umfrageforscherin beklaut angesichts solcher Ergebnisse den Verfall der Arbeitsfreude und stellt die besorgte Frage: »Werden wir alle Proletarier?«. Ihre zentrale These besagt, daß die Arbeiter (nicht nur in der Bundesrepublik) im materiellen Bereich verbürgerlichen, während im Bereich der Wertorientierungen und Einstellungen umgekehrt eine Anpassung auch der Mittelschichten an »Unterschichtmentalität«, gekennzeichnet durch Arbeitsunlust, Ausweichen vor Anstrengungen, unmittelbare Bedürfnisbefriedigung, Egalitätsstreben etc. zu verzeichnen sei. Anlässlich einer zusammenfassenden Kommentierung von Umfragedaten für die Bundesrepublik aus dem Zeitraum der 50er bis 70er-Jahre kommt auch Kmiecik zu dem Ergebnis, daß die an früheren Jahren noch sehr starke Orientierung auf den Beruf seit Mitte der 60er-Jahre beständig abgenommen hat. Weiterhin sei eine Abschwächung der Leistungsbereitschaft festzustellen, und habe insbesondere auch das Arbeitsinteresse der jüngeren Leute (im Sinne eines »Aufgehens in der Arbeit«) stark nachgelassen. Gleichzeitig wird eine zunehmende Tendenz zu *ex-*

pressiven Freizeitbetätigungen ebenso berichtet wie die abnehmende Neigung, den Urlaub für Arbeit und Beruf zu instrumentalisieren (vgl. 1976: 357 ff.). Insgesamt stellt Kmiecik *eine wachsende Konzentration auf die Freizeit* und den privaten Bereich fest und behauptet, daß das »klassisch-bürgerliche Wertesystem zunehmend dem Zerfall ausgesetzt sei (vgl. speziell für Jugendliche: Kreuz 1980).

Die vorgestellten empirischen Befunde sprechen für die Vermutung, daß die Individuen ihr Engagement aus dem beruflichen Lebensbereich abziehen und in wachsendem Maße in den nicht-lohnarbeitsgebundenen Bereich verlagern. Eine andere Interpretationsmöglichkeit wäre, daß die subjektiven Ansprüche an die Arbeit gestiegen sind. Dieser Auffassung neigt etwa Strümpel zu. Er interpretiert das vorliegende Datenmaterial als Abkehr von der *Arbeitermoral*, nicht aber von der *Arbeitsmoral* (vgl. 1977: 70 f.). Die traditionellen Tugenden »tüchtiger« Arbeiter (Pünktlichkeit, Unterordnung, Ehrlichkeit, Monotonieresistenz etc.) wären mithin am stärksten von der Erosion der Wertstruktur betroffen; die reibungslose Anpassung von Arbeitern an gleichförmige, reglementierte und repetitive Handarbeit wird demnach zunehmend schwieriger. Als Beleg hierfür zitiert Strümpel Befragungen männlicher Arbeitnehmer aus den Jahren 1965 und 1972, die einen Wandel der Berufsziele ausweisen. Der Prozentsatz derjenigen jüngeren Befragten (unter 30 Jahren), die ein sicheres Einkommen als wichtigstes Berufsziel angaben, sank von 1965 bis 1972 von 41 % auf 27 %, während im gleichen Zeitraum der Anteil derjenigen, die »wichtige Arbeit« angaben, von 17 % auf 27 % anstieg (vgl. 1977: 63).

Auch Yankelovich kommt für die USA auf der Basis von Umfragedaten zu dem Schluß, daß die Altersgruppen unter 35 Jahre Selbstverwirklichung in sinnvoller Arbeit als ihr gutes Recht ansehen (vgl. 1974b: 34 ff.). Diese neue Anspruchshaltung läßt sich – so sein Ergebnis – trotz interner Differenzierungen bei allen Jugendlichen in den USA mehr oder weniger nachweisen. Die Konsequenz ist ein Auseinanderdriften von neuen Anspruchshaltungen an die Qualität der Arbeit und den faktischen Tendenzen der Bürokratisierung und Reglementierung insbesondere der Arbeitsplätze in der Mitte und am unteren Ende der Berufsrollenhierarchie. Das Fazit der Überlegungen Yankelovichs läuft darauf hinaus, daß speziell Arbeiterjugendliche, die antizipieren, daß sie ihre Vorstellungen von »guter« Arbeit wahrscheinlich niemals verwirklichen können, einerseits die »Flucht aus der Arbeit« antreten (in die Familie und Freizeit) und andererseits verstärkt zu Sabotageakten, Fluktuation und Absentismus neigen (vgl. 1974b: 41 f.). Demnach sind die beiden o. g. Interpretationsmöglichkeiten der empirischen Befunde kompatibel: Einerseits steigen die Ansprüche an die Qualität der Arbeit, andererseits unterliegen die objektiven Arbeitsbedingungen keinen entsprechenden Veränderungen, so daß angesichts der damit einhergehenden Frustrierung im Arbeitsbezug eine *Umorientierung* der Lebensinteressen naheliegt.

Die Verlagerung vom Arbeits- auf den Nichtarbeitsbereich geht auch aus neueren Befragungen zu den Arbeitszeitwünschen hervor: Wie eine Zusammenstellung mehrerer diesbezüglicher Studien demonstriert, existiert ein anwachsendes Potential an Beschäftigten, die neben weiteren Formen reduzierter Arbeitszeit insbesondere für weniger als 40 Wochenstunden votieren, die von unbezahltem Langzeiturlaub (Sabbaticals) Gebrauch machen und weitergehende Optionen in Bezug auf einen Teilruhestand ausschöpfen würden (vgl. von Henninges 1979).

Über arbeitsbezogene Einstellungen hinaus sind ebenso andere Bereiche von dem Wandel betroffen: So läßt sich in der jüngeren Generation (unter 30 Jahre) ein Abbau »bürgerlicher« Erziehungsziele nachweisen: Werte wie »Höflichkeit« und »gutes Benehmen«, »ordentliche und gewissenhafte Arbeit«, »Sparsamkeit«, »Unterordnungsbereitschaft«, »Bescheidenheit« und »religiöse Bindung« sind deutlich auf dem Rückzug; während etwa der Wert »sich durchsetzen«, »sich nicht unterkriegen lassen« in der Arbeiterschaft– und hier überdurchschnittlich bei den Frauen– auf dem Vormarsch ist (vgl. Noelle-Neumann 1977: VIII f.).

Liegt damit bereits ein Indiz für ein verändertes geschlechtsspezifisches Rollenverständnis vor, so wird dieser Eindruck durch die Antworten zum innerfamilialen Rollenverhalten noch verstärkt: Die Daten weisen in die Richtung einer tendenziellen Angleichung der Rechte und Pflichten der Ehepartner.

2.2 Die »stille Revolution«: Von den »materiellen« zu den »postmateriellen« Werten?

Die hier beispielhaft vorgestellten Indizien für veränderte Einstellungen zu verschiedenen Lebensbereichen werden neuerdings zunehmend mit der These eines tiefgreifenden Wertewandels in Zusammenhang gebracht, die Inglehart bereits seit einigen Jahren auf der Basis mehrfach wiederholter supranationaler Surveys vertritt. Seine These besagt, daß in den entwickelten Industrienationen »materialistische« Werte zunehmend von »post-materialistischen« Werten abgelöst werden (vgl. Inglehart 1977 sowie 1979 a und b). Lassen Sparsamkeit, Bedürfnisaufschub, Konformismus mit herrschenden Autoritäten sowie Sicherheitsstreben eher auf »materialistische« Werte schließen, so zielen »post-materialistische« Werte auf soziale wie individuelle Selbstverwirklichung: Kreative und spontane Aktivitäten ebenso wie Minderheitenschutz, gesellschaftliche Teilnahme und Teilhabebereitschaft sowie Aufgeschlossenheit gegenüber Veränderungen sind ihnen zuzurechnen. Die von Inglehart postulierte Post-Materialismus-Achse ist in Anlehnung an die Bedürfnishierarchie von Maslow konstruiert: Die Rangordnung von Bedürfnissen wird hier allerdings auf die einfachere Polarität zwischen materiellen Bedürfnissen, die sich auf das physische Überleben sowie auf Sicherheit beziehen, und nicht-materiellen Bedürfnissen, etwa nach Zugehörigkeit, Achtung und Selbstverwirklichung reduziert.

[...]

Bezieht man die Debatte um den Wandel der Werte und Einstellungen auf gesellschaftstheoretische Analysen, denn gerät noch eine ganz andere Interpretation der empirischen Befunde in den Blick: Es ist nicht unplausibel anzunehmen, daß wir es im Zuge der Differenzierung der Gesellschaft nicht mit einem Wandel stabiler Wertorientierungen, sondern vielmehr mit einer wachsenden *Instabilität* von Wertpräferenzen zu tun haben (vgl. etwa Lehner 1979 a). Man könnte diesen Sachverhalt folgendermaßen verdeutlichen: Die These vom Wertewandel unterstellt, daß tradierte Sinnkonzepte und Identitätswürfe an Geltungskraft verlieren und durch neue– ebenfalls festgefügte– Sinnkonzepte abgelöst werden: An der Existenz klar umrissener, Orientierung verleihender Werte würde sich– abgesehen von gewissen Verunsicherungen in der Übergangsphase– nichts ändern. Es gibt nun gute Gründe für die Annahme, daß in hoch arbeitsteiligen, differenzierten Gesellschaften im

Zuge der Erosion einheitsstiftender Weltbilder und der Herausbildung heterogener Sozialmilieus gar keine intersubjektiv verbindlichen Entwürfe mehr vorfindbar sind, sondern lediglich eine Vielzahl konkurrierender, mehr, oder weniger weitreichender Wertvorstellungen und Identitätskonzepte, die weder von starken Institutionen (wie etwa Kirche, Gewerkschaften usw.) getragen werden, noch alle Bereiche des Lebens deutend umspannen. Hierfür spräche schon der Sachverhalt, daß mit der Zerstörung ehemals festgefügtter klassen- und schichtspezifischer Sozialmilieus und den hohen räumlichen wie sozialen Mobilitätsraten auch die Erfahrung eines einheitlichen Lebenszusammenhangs schwächer wird: Die Kombination von homogener Klassenlage und klar umrissenem Klassenbewußtsein etwa wird auch in der industriesoziologischen Forschung zum Arbeiterbewußtsein allenfalls noch als Folie benutzt, um Abweichungen von diesem idealtypischen Konstrukt festzustellen (vgl. etwa Schumann 1979, der in diesem Zusammenhang von einer Identitätskrise der Arbeiterklasse spricht). Eine so weitreichende »Umdeutung« der empirischen Befunde der Wert- und Einstellungsforschung kann gegenwärtig kaum eindeutig zurückgewiesen werden: Weder die »sparsamen« theoretischen Grundannahmen Ingleharts noch die von ihm mobilisierten empirischen Daten sind dazu geeignet, die These von der Herausbildung neuartiger, stabiler Werte hinreichend zu belegen. Im Folgenden sollen daher einige erste Überlegungen zu einem alternativen Erklärungsansatz der referierten Daten vorgeschlagen werden.

2.3 Wandel oder Differenzierung der Wert- und Einstellungsmuster? Zur Identitätskrise des modernen Subjekts

Der hier vorzuschlagende »theoretische Gegenentwurf« bezieht sich auf zwei unterschiedliche analytische Ebenen: (a) *Gesamtgesellschaftlich* gesehen wird unterstellt, daß sich der Prozeß der sozialen Differenzierung in vielfältigen Wert- und Einstellungsmustern bei unterschiedlichen Individuen und Gruppen niederschlägt. (b) Unter diesen Bedingungen wird hinsichtlich der *psychischen Struktur* der Subjekte zugleich ein relativer Bedeutungsverlust stabiler, verinnerlichter Wertmaßstäbe vermutet.

Zu a [...]: In einer Situation, in der die Individuen mit einer Vielzahl sich einander widersprechender Erfahrungen und Verhaltenszumutungen konfrontiert sind, ohne daß auf stabile und integrierte (sub-)kulturelle Deutungszusammenhänge zurückgegriffen werden kann, geraten sie in eine »permanente Identitätskrise«: »Auf der einen Seite ist die moderne Identität unabgeschlossen, transitorisch, fortlaufendem Wandel ausgesetzt. Auf der anderen Seite ist ein subjektives Reich der Identität der hauptsächliche Halt des Individuums in der Wirklichkeit« (Berger et al. 1975: 71).

Trotz einer relativen Verfestigung der Identität im Zuge der primären Sozialisation sind wiederholte identitäre Umdeutungen im Verlaufe des Lebens gesellschaftlich »vorgesehen« und werden auch subjektiv antizipiert. Unter den Bedingungen eines hohen und zunehmenden Differenzierungsgrades gesellschaftlicher Lebenssphären und der zentrifugalen Auflösung übergreifender Sinngehalte zugunsten einer Vielzahl zum Teil gegensätzlicher Wirklichkeitsdeutungen geraten mithin die Bemühungen zur Sicherung einer stabilen Identität nachhaltig unter Druck. Die Folge ist nicht nur eine »Pluralisierung von Lebensentwürfen« hinsichtlich unterschiedli-

cher sozialer Gruppen, sondern darüber hinaus werden Lebensentwürfe auch für den Einzelnen zeitlebens beliebig und austauschbar. Gleichzeitig wird das entstandene »Sinndefizit« durch rasch expandierende Angebote konfektionierter Deutungen »kompensiert«, die von Massenmedien wie von Konsum- und Freizeitgüterindustrien mit hoher Zirkulationsgeschwindigkeit auf den Markt geworfen werden: Identität wird zur austauschbaren Ware.

Die Erfahrung von Brüchen und Zusammenhanglosigkeiten in verschiedenen Bereichen und Phasen des Lebens läßt die Vermutung plausibel erscheinen, daß nicht stabile, in der formativen Phase verinnerlichte Werte, sondern situative und institutionengebundene Normen und Verhaltenszumutungen das Handeln der Individuen primär anleiten. Dies würde zunächst bedeuten, daß Wertprioritäten instabil würden oder doch zumindest– selbst wenn sie noch vorhanden wären– allenfalls mit verminderter Intensität handlungsanleitend wirken könnten. Aus der Perspektive der Gesellschaft bedeutet dies die Auflösung festumrissener übergreifender Werthierarchien zugunsten einer latenten Konkurrenz zwischen verschiedenartigen Werten (vgl. Lehner 1979 a).

Zu b: Haben wir bislang den Zusammenhang zwischen der »Fragmentierung des Lebens« und der synchronen wie diachronen »Segmentierung des Bewußtseins« auf einer gesellschaftstheoretischen Ebene behandelt, so soll im Folgenden auf Aspekte neuartiger Korrespondenzen und Widersprüche zwischen Gesellschaftsstruktur und psychischer Struktur der Individuen hingewiesen werden. Diese Zusammenhänge interessieren hier nur insoweit; als sie ebenso auf einen *relativen Bedeutungsverlust verinnerlichter Wertmaßstäbe* hindeuten. In der psychoanalytischen Diskussion wird das neue Entsprechungsverhältnis von Gesellschaft und Psyche im Konzept der »narzißtischen Charakterstruktur« zusammengefaßt. Nicht mehr der ödipale Konflikt als Desiderat der frühkindlichen Auseinandersetzung mit der starken Vaterfigur prägt die (autoritäre) Charakterstruktur der Individuen, sondern es ist nun die symbiotische Mutter-Kind-Beziehung, die als narzißtisches Grunderlebnis die weitere Entwicklung der psychischen Struktur nachhaltig prägt.⁵

Der neue Persönlichkeitstyp geht demnach aus veränderten Sozialisationsmustern hervor, die selbst Ergebnis sozialstruktureller Wandlungen sind. [...]

In dieser Situation läßt sich das »narzißtische Vermeidungsverhalten« als »Lösungsversuch« der angesprochenen Diskrepanz interpretieren: Kränkungen des Ich-Ideals wird vorgebeugt, indem risikoreiche Beziehungen und Situationen von vornherein gemieden werden. Diese Form der auch kollektiv zum Ausdruck kommenden »Ich-Einschränkung« (Horn 1972: 63 ff.) äußert sich teils als Apathie, teils als Aggressivität. Indem der eigene Einflußbereich auf gesellschaftliche Verhältnisse als äußerst begrenzt akzeptiert wird, bleibt nichts als resignativer Handlungsverzicht oder zielloses Anrennen gegen die unbegriffene Realität. Gleichzeitig bleibt die Erinnerung an die ursprüngliche Mutter-Kind-Symbiose erhalten und drängt als Suche nach Geborgenheit, Nähe und Größenerlebnissen nach außen. Es sind daher enge und frühe Zweierbeziehungen und die Peer-Gruppen, die dieser psychischen Grundstruktur entgegenkommen. Abgesehen davon kommt das Angebot der massenhaft erzeugten Konsumgüter den narzißtischen Bedürfnissen nach »oraler Befriedigung«, »Sofortgenüssen« und »Sich verwöhnen lassen« entgegen. Die Abhängigkeit

von äußeren Reizen, Sicherheitsstreben und Versorgungsdenken komplettieren die Handlungsmotivation des »narzißtischen Charakters«. [...]

Das Hauptinteresse des vorliegenden Beitrags gilt nicht primär den unmittelbaren Berufsvollzügen der Sozialarbeiter, sondern vielmehr dem gesamten Steuerungs- und Produktionszusammenhang sozialer Dienste, in dem die Sozialarbeit im engeren Sinne nur einen Teil darstellt. Wir werden im Folgenden diesen Steuerungszusammenhang noch genauer differenzieren.

[...]

Auf diese Weise radikalisiert sich die immer schon vorhandene Diskrepanz zwischen Problemdeutungen und Lebensentwürfen erheblich: Denn die Trennungslinien zwischen den unterschiedlichen Wertorientierungen und Interpretationsmustern verlaufen nun nicht mehr primär nach Schicht- und Klassenzugehörigkeit; Identitäts- und Lebensentwürfe werden statt dessen– quer durch die sozialen Schichten und Klassen hindurch– tendenziell beliebig und austauschbar. Wenn aber keine »stillschweigende Übereinkunft« über erstrebenswerte Lebensstile mehr vorausgesetzt werden kann, dann können von den Interaktionspartnern gemeinsam geteilte Interpretationen der in der Hilfebeziehung zu bearbeitenden Probleme und einzuschlagenden Lösungswege nur noch durch *Aushandlungs*prozesse zustande kommen. Der Betroffene muß an der »Ausdeutung« seines Problems tendenziell gleichberechtigt beteiligt werden: Der Sinnverlust wird so mit einer Rekonstruktion neuer Sinnzusammenhänge beantwortet (vgl. zum Prozeß der Sinnerarbeitung aus der Perspektive der pädag. Interaktion, Peter 1980). Eine Subsumption von individuellen Leidenserfahrungen und Auffälligkeiten unter abstrakte rechtliche Vorgaben oder professionelle Deutungsroutinen gelingt dann immer weniger; die Problemausdeutungen durch die Betroffenen selbst weichen– den jeweiligen situativen Umständen entsprechend– immer mehr von den Normalitätskonstruktionen der Sozialgesetze und denen der professionsspezifischen Deutungsmuster ab.

Es ist eben dieser Sachverhalt der Sinnkrise und der Auseinanderentwicklung von Identitäts- und Lebensentwürfen, den wir hier zum *zentralen Bezugsproblem* ordnungspolitischer Alternativen in der Sozialpolitik und Sozialarbeit erheben: Die in der gegenwärtigen sozialpolitischen Debatte diskutierten Krisenphänomene, wie die Finanzklemme der öffentlichen Haushalte, sinkende Effizienz und Effektivität der Dienstleistungsproduktion, Überbürokratisierung, sinkende Zufriedenheit mit den Leistungen des expandierenden Dienstleistungssystems usw. erscheinen unter dem Gesichtspunkt der Wertkrise in einem neuen Licht: Ihre eigentliche Brisanz erhalten diese Erscheinungen durch die Tatsache, daß sie nur bewältigt werden können, wenn die Beziehungen zwischen dem expandierenden System der Sozialpolitik und der »kulturellen Infrastruktur« neu definiert und ausgestaltet werden. Denn die bisher verfolgte Strategie der Problemverstaatlichung, -bürokratisierung und -professionalisierung wirkt an der Zerstörung tradierter Sinnzusammenhänge und gewachsener Sozialbeziehungen selbst mit und potenziert daher die Probleme, die sie eigentlich lösen soll.

Die in der aktuellen Diskussion befindlichen ordnungspolitischen Alternativen bewegen sich in Bezug auf dieses Problem zwischen zwei extremen Polen: Auf der einen Seite wird die Lösung des Problems der Auseinanderentwicklung von Normalitätsdeutungen in einer *Disziplinierung* widerständiger Probleminterpretationen und

Anspruchsniveaus der »Objekte« von Sozialarbeit gesehen: Dies ist das Konzept der Privatisierung sozialer Dienste. An welche sozialen Grenzen eine solche Strategie stößt, wird im Folgenden noch diskutiert werden.

Auf der anderen Seite stehen Strategien, die die individuelle und gruppenspezifische *Lebensstilsuche und Identitätsstabilisierung* unter der Bedingung fehlender kulturell verbindlicher Lebensmuster zu unterstützen suchen. Die Rekonstruktion von Sinnzusammenhängen und die Wiederherstellung der Autonomie der Adressaten auf dem Wege einer solchen Deutungsarbeit setzt symmetrische Interaktionsbeziehungen, unbürokratische Organisationsformen und die Förderung von Selbstorganisation und Selbststeuerung voraus. Diese steuerungsstrategische Variante finden wir in aktuellen Versuchen zur Dezentralisierung sozialer Dienste repräsentiert. Im Folgenden sollen schwerpunktmäßig Konstruktionsprinzipien und Folgeprobleme der Dezentralisierungsstrategie diskutiert werden. Dabei geht es nicht primär darum, unseres Erachtens *wünschenswerte* steuerungsstrategische Grundentscheidungen vorzuschlagen, sondern es sollen vielmehr die *immer schon ambivalenten* Wirkungen der Dezentralisierung analytisch diskutiert und evtl. Gegenreaktionen strategischer Akteure berücksichtigt werden, um ein möglichst realistisches Bild von Entwicklungstendenzen in der Sozialpolitik und in der Sozialarbeit zeichnen zu können.

3 Leistungsabbau oder Dezentralisierung in der Sozialarbeit: ordnungspolitische Alternativen in der Diskussion

Die hier im Vordergrund stehenden Strategien der Dezentralisierung von Sozialarbeit sind als strategische Reaktionen auf aktuelle Problemkonstellationen und Krisenphänomene zu interpretieren, die einen Strategiewechsel im Steuerungs- und Produktionszusammenhang sozialer Dienste nahelegen. Wir beziehen die gegenwärtigen Reformversuche im sozialen Bereich vor allem auf Probleme wie

- die finanziellen Grenzen des Sozialstaats
- die wachsende »Unproduktivität« bzw. »Kontraproduktivität« des bürokratisierten und professionalisierten Dienstleistungssystems und schließlich
- die sozialen und politischen Proteste und Widerstandsformen gegen zentralistische Großorganisationen auch im Sozialsektor.

Da die genannten Problemfaktoren in der rasch expandierenden »Krisen- und Grenzenliteratur« ausführlich behandelt werden, sollen hier kurze Bemerkungen genügen. Die *finanziellen Grenzen* des Sozialstaates ergeben sich zunächst aus der Tatsache, daß die zur sekundären Verteilung verfügbaren Mittel selbst wieder dem System der primären Einkommensverteilung entnommen werden müssen. Hier haben wir es mit dem bekannten Effekt zu tun, daß die Ansprüche auf Transfereinkommen und die Nachfrage nach sozialen Diensten (etwa Beratung, Bildung etc.) immer dann ansteigen (im Gefolge wachsender Arbeitslosigkeit, Armut etc.), wenn die zur Verteilung anstehende Finanzmasse infolge verringerter Wachstumsraten kleiner wird. Gleichzeitig entsteht ein »chronischer Kostendruck« im Dienstleistungssystem dadurch, daß Lohnerhöhungen, die im hochproduktiven Produktionsbereich durchgesetzt werden, auch auf den Bereich der weniger produktiven Dienstleistungsarbeit

übertragen werden. Bei zukünftig zu erwartenden niedrigen Wachstumsraten dürfte daher die Abhängigkeit des Systems der Sozialleistungen und der sozialen Dienste vom ökonomischen System immer spürbarer und die Gefahr unübersehbar werden, daß möglicherweise– bei Fortschreibung bisheriger Entwicklungstrends– das Netz sozialer Sicherheit reißt (vgl. Gross 1980 sowie Alber 1980).

Allerdings ist hierfür nicht lediglich die nachlassende bzw. stagnierende Wirtschaftstätigkeit verantwortlich zu machen. Hinzu kommt, daß der Sozialstaat mit immer mehr Mitteln offensichtlich immer weniger bewirkt. So gilt die allgemein konstatierte steigende *Problembelastung* hochentwickelter Wohlfahrtsstaaten auch für die Bundesrepublik.

Die private Armut nimmt ebenso zu wie die gesellschaftliche Isolation z. B. älterer Menschen und Behinderter; die Bildungschancen von Arbeiterkindern sinken und die Integrations- und Resozialisierungsbemühungen hinsichtlich Drogenabhängiger und auch Obdachloser wie anderer Problemgruppenangehöriger verlieren an Wirksamkeit.

Indem etwa Probleme alter Menschen auf Einkommensprobleme reduziert, psychosoziale Erkrankungen mit Tabletten und Verwahranstalten »weggeregelt« und zwischenmenschliche Beziehungen durch formalisierte Verwaltungskontakte ersetzt werden, können die Bedingungen der Erzeugung und Verfestigung von Mängel- und Problemlagen nicht hinreichend beeinflußt werden (vgl. zur Kritik des »sozialindustriellen Komplexes« neuerdings auch Strasser/Traube 1981). Die vorherrschenden Bearbeitungsprozeduren sozialer Probleme und Konstruktionsprinzipien der sozialen Sicherungssysteme stoßen so an spürbare Leistungsgrenzen: minimale monetäre Umverteilungseffekte, die Produktion von Kriminalitäts- und Anstaltskarrieren, die Klientelisierung von Dienstleistungskonsumenten und vor allem die (unbeabsichtigte) Zerstörung informeller Versorgungsnetze und Selbsthilfekompetenzen zeugen von erheblichen Ineffizienz und Effektivitätseinbußen im System sozialer Sicherheit und Versorgung.

Schließlich nimmt der *Widerstand gegen zentralistische Organisationsstrukturen* sozialer Dienste zu. Die Kritik an »Überprofessionalisierung«, »Überbürokratisierung«, »Zentralisierung«, »Bepanung« usw. bekomme durch das Wachstum sozialer, Bewegungen wie die Ökologie- und Alternativbewegung, Frauenbewegung etc. erhebliche gesellschaftliche Durchschlagskraft. Die Kritik an der »Verdiensung und Verpreisung mitmenschlicher Hilfen« (Gross 1980) steht im Kontext der übergreifenden Frontstellung gegen industrielles Wachstum und die »technokratische Megamaschine«. Im Zusammenhang dieser Bewegungen stehen zumeist auch die Selbsthilfegruppen, die sich als praktische Kritik am vorherrschenden System sozialer Dienstleistungsproduktion verstanden wissen wollen.

[...]

Die Devise, »den selbstverantwortlich handelnden und disponierenden und somit zur Ausbildung individueller Kompetenz fähigen Menschen zu fördern« (Klages 1978, S. 110), wird in der weitergehenden politischen Diskussion dahingehend konkretisiert, die *Individualisierung* der Problemverarbeitung und eine Stärkung der »Selbstregulierungskräfte des Marktes« zu fördern. Diese sozialpolitische Grundoption der Reprivatisierung wird komplettiert durch das nur scheinbar konträre Leitbild eines »starken, zentralisierten Staates«, der sich gegen »ungerechtfertigte«

Ansprüche von Interessenverbänden und Lobbys durchsetzen kann. Hinzu kommt die Vorstellung einer Familie, die abgestützt durch entsprechende sozialpolitische Maßnahmen wie Familienlastenausgleich, Erziehungsgeld usw. ihrer Leistungs- und Integrationsfunktion nachkommen kann.

[...]

Darüber hinaus dürfte die Wiederherstellung gewachsener Sozialbezüge und Hilfeformen auch kaum durch die Stärkung der traditionellen Familienstrukturen realisierbar sein. Denn erstens beziehen sich die Vorstellungen von intakten Sozialbeziehungen bei den Konservativen auf Modelle vor allem repräsentiert durch die patriarchalisch-autoritäre Familie– deren unwiderrufliche Auflösung im Zuge des Industrialisierungs- und Verstärkerprozesses ja gerade zum Problem geworden ist. Und zweitens sind die vorgeschlagenen Mittel (finanzielle Subventionen) strukturell ungeeignet, um den beklagten Sozialverfall aufzuhalten. Die Rekonstruktion von zwischenmenschlichen Beziehungen und informellen Versorgungssystemen durch Geldleistungen ist ein Widerspruch in sich selbst: »Geschäft« und »Gemeinschaft« lassen sich nicht problemlos miteinander vereinbaren (vgl. Huber 1981).

Die Strategie der Problemvermarktung und Individualisierung liefe daher in letzter Konsequenz auf eine Verschlechterung der institutionellen Versorgung ohne Bereitstellung von Ersatzmechanismen und daher auf eine weitere Verelendung derjenigen Bevölkerungsgruppen hinaus, die am stärksten von der geschwächten Integrations- und Versorgungskapazität gewachsener Sozialbezüge betroffen sind. Die Folge wäre nicht eine Verlangsamung, sondern eine *Beschleunigung* des Sozialverfalls.

[...]

Die angemessene ordnungspolitische Option wird daher zunehmend in Strategien der Dezentralisierung gesehen. Unter dem Etikett der »Dezentralisierung« lassen sich allerdings unterschiedliche Varianten subsumieren, die allesamt im Steuerungsbereich von Sozialpolitik und Sozialarbeit relevant werden können. Sie sollen im Folgenden getrennt behandelt werden. Beziehen wir die Dezentralisierungsforderung auf die vertikale Politikverflechtung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, so bedeutet sie die *Dezentralisierung von Sozialpolitik und die kommunale Orientierung von Sozialarbeit* (vgl. Abschnitt 4). Ist dagegen von einer Dezentralisierung der Sozialadministrationen die Rede, so wird primär die innerorganisatorische Delegation von *Entscheidungsbefugnissen* und die Öffnung der Administration (hier vor allem der Jugend- und Sozialämter) gegenüber ihrer jeweiligen Organisationsumwelt gefordert (vgl. Abschnitt 5). Und schließlich kann Dezentralisierung ebenso die Auslagerung von Aufgaben der sozialen Problembewältigung auf informelle selbstorganisierte Gruppenbezüge der Betroffenen meinen. Da dies einen partiellen Wechsel in der Problemverarbeitung zwischen verschiedenen Vergesellschaftungsformen (vom Staat auf die informellen Sozialkontexte) gleichkommt, sei in diesem Falle von *externer Dezentralisierung* (vgl. Lehner 1979 b) gesprochen (vgl. Abschnitt 6).

[...]

6 Externe Dezentralisierung– Zur Strategie der Auslagerung öffentlicher Aufgaben auf informelle Sozialkontexte

Wie bereits diskutiert, ist die öffentliche Debatte um ordnungspolitische Alternativen im sozialen Sektor vornehmlich auf zwei konträre Positionen fixiert: Auf der einen Seite wird eine Rückverlagerung öffentlicher Aufgaben an den Markt im Sinne einer *Reprivatisierung und Kommerzialisierung* sozialer Problemverarbeitung gefordert. Auf der anderen Seite wird eine weitere Ausdehnung staatlicher Problemverarbeitung und eine Ausweitung der Staatsausgabenquote befürwortet, ein Lösungsweg, der als *bürokratische* Etatisierung bezeichnet werden kann. Angesichts einer solchen Polarisierung blieb die mögliche dritte Variante sozialpolitischer Ordnungspolitik lange Zeit unbeachtet: Es handelt sich um die »Aktivierung nicht-bürokratischer und nicht-marktlicher Bedarfsdeckungsformen, im Sinne gemeinschaftlicher Leistungserbringung in kooperativen Gruppen« (Gretschmann 1980, S. 2; vgl. auch Matzner 1978, S. 147 ff.). Dieser Vorstellung nach lassen sich mit einer solchen sozialpolitischen Strategie »zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen«: Zum einen ließe sich die chronische Finanzklemme des Staates durch Auslagerung vormals staatlich erbrachter Aufgaben partiell abmildern, und zum anderen bestünde die Möglichkeit, durch eine solche Laisierungsstrategie der sozialen Dienstleistungsproduktion (vgl. dazu bereits: Badura/Gross 1976) Innovations- und Entfaltungsspielräume subjektiver Spontaneität der Bürger zu nutzen, um so auch die *Qualität* der sozialen Dienstleistungen zu verbessern und gleichlautenden Forderungen und Bedürfnissen der Dienstleistungskonsumenten entgegenzukommen. Die wachsende Attraktivität der Strategie einer »*Problemvergemeinschaftung*« durch Laisierung der Dienstleistungsproduktion steht im Zusammenhang mit der wachsenden Verbreitung von Selbsthilfegruppen, politischen und sozialen Initiativen sowie von verschiedenen Formen der Nachbarschaftshilfe, die in so unterschiedlichen Bereichen wie Wohnen, Bildung, Gesundheit, Freizeit, Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit und Politik tätig werden. Diese durchweg lokalen Initiativen stehen in ihrer Mehrzahl für die umfassende Programmatik einer »dezentralen Gesellschaft«, in der möglichst viele politische, wirtschaftliche und soziale Entscheidungen und Belange auf der örtlichen Ebene behandelt und umgesetzt werden. Auf diese Weise sollen Autoritäts- und Unterordnungsbeziehungen, wie sie aus der *vertikalen* Durchstrukturierung des gesamten Lebens durch zentralistisch-hierarchische Bürokratien resultieren, zurückgedrängt und durch *horizontale*, auf Gleichheit und wechselseitige Anerkennung gründende Kommunikationsstrukturen ersetzt werden. Eine solche umfassende gesellschaftliche Dezentralisation umfaßt die Herstellung direkter Demokratie im politischen Bereich, die Dezentralisation von Produktionsentscheidungen im ökonomischen Bereich sowie die Entwicklung tragfähiger Sozialbeziehungen im sozialen Umfeld, um die Abhängigkeit des einzelnen vom kollektiven Versorgungsnetz zu reduzieren.

Was die Versorgung mit sozialen Dienstleistungen anbelangt, so wird ein »Rückzug der öffentlichen Hand aus Funktionsbereichen (gefordert), die von kleineren sozialen Einheiten oder auch vom einzelnen Bürger funktionsgerechter (und zu meist auch weniger aufwendig) gestaltet werden können« (Mayer-Tasch 1980, S. 86). Hiermit ist die Hoffnung verbunden, daß sich über die Revitalisierung sozialer Beziehungen und individueller Selbsthilfekompetenzen die Abhängigkeit der Bürger

von den standardisierten Vor- und Fürsorgeleistungen vermindern und eine Neugestaltung des sozialen Lebens initiieren läßt, in dem das massenhafte Auftreten von Isolation, Ohnmacht und Apathie *im vorhinein* verhindert werden kann. Die Isolation von Alten, Kinder und Kranken usw. in stationären Großeinrichtungen wie Altersheimen, Schulen und Krankenhäusern soll zugunsten einer Integration aller sozialen Gruppen in »kleinen Netze« aufgehoben werden. Solche »kleinen Netze« stellen der Programmatik nach Zusammenschlüsse selbstgewählter Lebensgemeinschaften dar, in denen soziale Aufgaben wie Pflege von älteren Menschen, die Betreuung von Kleinkindern etc. aus eigener Kraft erfolgt (vgl. Binswanger u. a. 1979, S. 230 ff.; Meyer u. a. 1979). Soziale Dienstleistungen sollen mithin primär unentgeltlich und als Laienarbeit im unmittelbaren dezentralen Lebenszusammenhang der Betroffenen erstellt werden (zu einer kritischen Diskussion dieses Modells: Heiner 1979).

Die im Rahmen der Selbsthilfebewegung entstandenen Initiativen engagieren sich im gesundheitsbezogenen Bereich⁷, aber auch im Bereich der hier zentral interessierenden sozialen Probleme. Es handelt sich vor allem um Probleme des Alterns (vgl. dazu Gronemeyer/Bahr 1979) und der Jugend (vgl. dazu Wartenberg 1978), der Versorgung der Nachbarschaft mit Dienstleistungen (vgl. dazu Morris/Hess 1980; Warren/Warren 1977 sowie Jones/Mayo [Hrsg.] 1975), der Resozialisation von Straffälligen, BSHG- und Arbeitslosenselbsthilfeinitiativen usw.

Die *Gemeinsamkeiten* der verschiedenen Varianten sozialer Selbsthilfe bestehen vor allem in ihrem informellen, nicht institutionalisierten Charakter, in dem hohen Grad der Selbstbestimmung, der Beteiligung aller Gruppenmitglieder an den anstehenden Entscheidungen und Aktivitäten, der Unentgeltlichkeit, dem lokalen Bezug und der unmittelbaren Orientierung an den Bedürfnissen und Problemen der Mitglieder bzw. Adressaten.

Unterschiede bestehen allerdings hinsichtlich der Art der jeweils thematisierten Bedürfnisse, Probleme und Interessen, hinsichtlich der Formen der Hilfe und Unterstützung sowie hinsichtlich der Ziele und Wirkungen der Aktivitäten. So sind die eigentlichen *Selbsthilfegruppen* in der Regel kleine Gruppen, die eng begrenzte persönliche Probleme und Leiden zum Gegenstand ihrer Arbeit machen (vgl. etwa Therapiegruppen, Selbsterfahrungsgruppen und die Mehrzahl der Gesundheits-selbsthilfegruppen). Die Bewältigung des Leidens und die (Wieder-)Gewinnung von Selbstvertrauen wird hier durch die massive Unterstützung in der Gruppe erreicht. Dies setzt einen hohen Grad der gegenseitigen Offenheit und des Verständnisses auf der Basis von Selbstbetroffenheit voraus. Zumindest vorübergehend ist eine Konzentration aller psychischen Energien auf die Gruppe erforderlich, so daß eine gewisse Distanzierung von den Belangen und Problemen der übergreifenden Sozialbezüge und Institutionen unvermeidlich wird (vgl. Moeller 1978 sowie Gartner/Riessman 1977).

Wesentlich anders gelagert ist die Thematik bei den *Selbsthilfeinitiativen im sozialen und politischen Bereich*: Nicht das persönliche Problem, sondern die gemeinsam geteilten Vorstellungen hinsichtlich befriedigender sozialer Beziehungen bzw. -politischer Zielzustände sind hier das bewegende Moment. Dementsprechend bedeutet hier Veränderung nicht ausschließlich Veränderung der Persönlichkeit, sondern vielmehr Veränderung von sozialen Beziehungen, Normen und Lebensentwürfen bzw.

Umgestaltung von politischen Institutionen und Verhältnissen (vgl. etwa Kinderläden, Arbeitslosenselbsthilfeinitiativen sowie Bürgerinitiativen).

Eine breite Palette verschiedenster Bedürfnisse und Interessen wird in *Nachbarschaftshilfe* angegangen. [...] Der weniger intime Charakter von Nachbarschaftsbeziehungen bedingt, daß persönliche Lebenskrisen im Normalfall nicht in Nachbarschaftshilfe bewältigt werden. Im Kontext der räumlichen und sozialen Bezüge der Nachbarschaft als lokale Einheit sind meist auch die »*altruistischen Hilfeformen*« angesiedelt. Ihr Ziel ist die Unterstützung solcher Personen(-gruppen), die sich nicht selbst helfen können. Beispiele sind etwa dort zu finden, wo Hausfrauen sich zusammentun, um ältere Mitbürger zu versorgen und zu betreuen, oder wo eine Gruppe von Stunden darangeht, einen Abenteuerspielplatz in einem Neubaugebiet zu erbauen usw.

6.1 Entstehungsgründe für informelle Hilfeformen

Die Gründe für die Entstehung und wachsende Verbreitung von informellen Hilfeinitiativen lassen sich – allgemein gesehen – auf die *mangelnde Versorgung* mit sozialen Dienstleistungen durch Markt und Staat sowie auf die wachsende Unzufriedenheit mit der Qualität der angebotenen Dienstleistungen beziehen.

Diese zumindest subjektiv empfundene quantitative und qualitative Unterversorgung mit sozialen Dienstleistungen kann das Resultat zweier getrennt zu betrachtender Bedingungsfaktoren bzw. Entwicklungen sein. Zum einen besteht die Möglichkeit, daß Versorgungsniveau und Verteilung des Dienstleistungsangebots der Nachfrage nicht mehr entsprechen, zum anderen ist die Annahme plausibel, daß die sozialen Problemlagen selbst und damit Struktur und *Verteilung der Nachfrage* nach sozialen Dienstleistungen Veränderungen unterworfen sind.

Was das (staatliche) Angebot an sozialen Dienstleistungen betrifft, so ist das mangelnde Versorgungsniveau zunächst auf die Defizite in den öffentlichen Haushalten und auf die Nachrangigkeit sozialpolitischer Belange zurückzuführen. Dies soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Mehr noch fällt ins Gewicht, daß Effizienz und Effektivität der sozialen Dienstleistungen durch den hohen Zentralisierungs- und Bürokratisierungsgrad des Dienstleistungsangebots sowie die durchgehende Ausrichtung am klinisch-kurativen Modell einer Professionalisierung erheblich beeinträchtigt werden. Hinsichtlich der *Zentralisation* ist bereits darauf verwiesen worden, daß konsumentenfern organisierte Entscheidungen über Angebote an öffentlichen Leistungen bei unzureichendem Informationsstand über die jeweiligen Bedürfnisse der Konsumenten gefällt werden müssen, und daß die (wachsende) Heterogenität der situativen Ansprüche und Erwartungen durch die zentralistischen Vereinheitlichungstendenzen nicht ausreichend berücksichtigt werden kann. Dieser negative Folgeeffekt zentralistischer Steuerung kann zwar, wie wir gesehen haben, durch eine Stärkung dezentraler Entscheidungsebenen partiell abgemildert werden, er läßt sich jedoch in den engen Grenzen, die der Dezentralisation im vertikalen und horizontalen Verflechtungszusammenhang staatlicher (Sozial-)Politik gesetzt sind, nicht gänzlich abstellen (vgl. Weißbrod 1976, S. 235 ff.). Die vollständige Dezentralisation würde eine *Entstaatlichung* der Problemverarbeitung darstellen; dies ist bereits die Strategie der »externen Dezentralisation«. Ergibt sich schon aus dieser Tatsa-

che ein Argument für die Stärkung informeller (Selbst-)Hilfenetze, so gilt dies erst recht für die Tendenz der klinisch-kurativen Professionalisierung und Bürokratisierung: Die massive Kritik an der »Dominanz der Experten« (Freidson 1975) indiziert, daß die anhaltende *Spezialisierung und Verwissenschaftlichung* der Dienstleistungsberufe (für den Bereich Sozialarbeit/Sozialpädagogik Dewe/Otto 1981) zumindest so, wie sie real vollzogen wird– (vgl. etwa die Therapeutisierung der Sozialarbeit; vgl. hierzu Sozialarbeit und Therapie 1979) eine verminderte Qualität der Dienstleistungsproduktion (mit-)verursacht. Das Kompetenz und Machtgefälle zwischen Experten und Laien fördert Gefühle der Ohnmacht und Inkompetenz bei der Klientel, die ihre Mitwirkungsfähigkeiten und Möglichkeiten bei der Produktion von Dienstleistungen noch weiter reduzieren. Abgesehen davon führt die Spezialisierung zu einer weiteren Problemzersplitterung, die die Ganzheitlichkeit der Problemlagen aus dem Blick geraten läßt (vgl. zur Kritik der herrschenden Professionalisierungstendenzen im personenbezogenen Dienstleistungsbereich: Keupp 1978; sowie speziell für die Sozialarbeit: Otto 1973; Marzahn 1979; Schumann 1979 sowie Dewe/Otto 1980). Die Selbsthilfefähigkeiten der (potentiellen) Adressaten werden durch eine solche, am »klinisch-kurativen« Modell orientierten Professionalisierungsstrategie offensichtlich eher zerstört als gestärkt.

Ähnliches gilt auch für die *Bürokratisierung* der sozialen Dienstleistungsproduktion: Die weitere Aufgabenspezialisierung, Hierarchisierung und Formalisierung der Organisationsstrukturen der Sozialadministrativen, wie sie oben am Modell der »Ordnungsverwaltung« ausführlich diskutiert worden sind (s. Kap. 5), bewirken eine Problemzersplitterung, eine unzureichende Flexibilität gegenüber neuauftauchenden bzw. komplexen Problemsyndromen, eine Festschreibung der Einzelfallorientierung sowie eine geringe Zugänglichkeit der Maßnahmen und Leistungen für die Klientel (vgl. speziell zur Sozialarbeit Müller/Otto 1980 sowie Japp/Olk 1980). Bezogen sich die bisherigen Argumente für die Unterversorgung mit sozialen Dienstleistungen auf die *Angebotsseite*, so sind im folgenden Veränderungen auf der *Nachfrageseite* zu diskutieren: Offenkundig hängt die große Nachfrage nach sozialer Selbsthilfe mit der wachsenden Verbreitung neuer Bedürfnisse und Lebensprobleme zusammen, für deren Befriedigung und Bewältigung die überkommenen informellen Versorgungsinstitutionen (Familie etc.) sowie die formalisierten Hilfeformen unzureichend oder gar ungeeignet sind. Stellen wir diese Vermutung in Beziehung zur diskutierten Tendenz einer »Verflüssigung« von Lebensmustern, so lassen sich insbesondere zwei Aspekte hervorheben, die die gesellschaftliche Relevanz sozialer Selbsthilfe verstehbar machen: Zum einen sind die informellen und laienhaften Formen sozialer Selbsthilfe eher als institutionalisierte Hilfeformen in der Lage, *flexibel und schnell* auf neue, diffuse und unvorhersehbare Lebensprobleme zu reagieren, wie sie als Folgen des erörterten gesellschaftlichen Wandels entstehen. Denn einerseits läßt die Versorgungs- und Unterstützungskraft traditioneller Gemeinschaften (Familie, Verwandtschaft, Freundschaft, Nachbarschaften etc.) weiterhin nach, andererseits nehmen beispielsweise chronische Leiden und gesundheitsschädliche Verhaltensweisen [...] ebenso zu wie Pflegebedürftigkeit aufgrund des anwachsenden Anteils älterer Personen an der Bevölkerung.

[...]

Bislang haben wir die spezifische Fähigkeit sozialer Selbsthilfegruppen hervorgehoben, relativ schnell und flexibel auf neu entstehende diffuse Lebensprobleme reagieren zu können, die im Kontext des raschen sozialen Wandels in entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften gehäuft auftreten. Damit ist aber die besondere Problemlösungskapazität informeller Selbsthilfe nur unzureichend erfaßt. Im Kontext unserer Überlegungen fast noch bedeutsamer ist nämlich der Sachverhalt, daß sich selbstorganisierte Gruppenzusammenhänge offenbar zunehmend daran machen, die Probleme der *Lebensstilsuche* und der *Sinnerarbeitung* in Angriff zu nehmen. In verschiedenen Initiativen und Gruppen wird mit Normen, Werten und Lebensentwürfen experimentiert, wird das Problem des Sinnverlusts und des Mangels an klar umrissenen Normalitätsstandards produktiv bearbeitet, indem alternative Identitätskonzepte und Sozialbezüge entwickelt und propagiert werden. Es handelt sich hier oft um Individuen und Gruppen, die die eigene Abweichung von der gesellschaftlichen Norm *offensiv* verarbeiten: Im selbstorganisierten Gruppenzusammenhang wird eine *alternative* Identität entwickelt und stabilisiert (vgl. Gartner 1980). Viele dieser Selbsthilfeinitiativen sind im Kontext der Alternativbewegung anzusiedeln, die als soziale Bewegung die Suche nach neuen, befriedigenderen Lebensformen und Entwürfen des »guten Lebens« repräsentiert (vgl. zur Entwicklung und zum weitgespannten politisch-weltanschaulichen Spektrum der Alternativbewegung: Hollstein 1979 sowie Huber 1980). Im Kontext der Alternativprojekte sind insbesondere Frauenselbsthilfegruppen, nicht institutionalisierte Beratungs- und Bildungseinrichtungen, Kulturkooperativen, Homosexuellengruppen, aber auch Landkommunen zu nennen.

In diesen Initiativen, Gruppe und Projekten trägt die Veränderung des eigenen Lebens eminent politischen Charakter; der Widerstand gegen die Zugriffe des bürokratischen Wohlfahrtsstaats und großer Unternehmen auf die unmittelbare Lebenswelt und die Zurückweisung der ständigen Umwälzung der Lebensbedingungen wird nicht mehr vordringlich in den gegebenen politischen Institutionen mit herkömmlichen formal-demokratischen Durchsetzungsstrategien ausgetragen, sondern vielmehr als *experimentelle Rekonstruktion ganzheitlicher Lebensformen* realisiert: Indem unterhalb von Markt und Staat der eigene Lebenszusammenhang partiell wieder hergestellt wird, beginnen diese Initiativen damit, Herrschaft abzubauen.

[...]

7 Orientierungspunkte einer Praxis örtlicher Sozialarbeitspolitik

Abschließend sollen einige allgemeine Orientierungspunkte eines *praktisch gewendeten* Konzepts von Sozialarbeitspolitik angedeutet werden, deren konkrete Umrisse und jeweilige Brauchbarkeit sich erst im realen Handlungszusammenhang präzisieren lassen. Wir unterscheiden hier zwischen institutionellen und professionellen Dimensionen der Sozialarbeitspolitik.

Ausgangspunkt für die Bezeichnung des *institutionellen* Perspektivenwechsels ist die Ablösung der parzellierenden Fallorientierung durch eine synthetisierende Problemorientierung. Dies bedeutet für die Sozialverwaltung ein »Umschalten« ihrer Interventionen von den bislang dominierenden Steuerungsmitteln »Recht« und

»Geld« auf das vernachlässigte Steuerungsmittel »Interaktion«. Die Öffnung gegenüber der Umwelt dient primär dem Zweck, die Verwaltung interaktionsfähig zu machen. Eine solche fallübergreifende Perspektive erschöpft sich allerdings nicht in einer Ermöglichung der »produktiven Interaktion« zwischen Sozialverwaltung und Publikum, sondern sie schließt die aktive Gestaltung lokaler Lebenszusammenhänge als zentrales Prinzip öffentlicher Sozialarbeit zur Überwindung reaktiv-kompensatorischer Hilfeformen ein. Voraussetzung hierfür ist eine Koordination und Kooperation der Produzenten und Konsumenten örtlicher Dienstleistungen, die neue Verhandlungssysteme und Beteiligungsmöglichkeiten außerhalb der Strukturen des »lokalen Korporatismus« erfordern. Dabei ist zu unterscheiden zwischen dem politischen Aspekt der Prioritätensetzung im Rahmen der Aushandlung und Formulierung einer »sozialen Kommunalpolitik« und dem Leistungsaspekt der Kooperation und Koordination von öffentlichen, freigemeinnützigen und selbstorganisierten Trägern unter dem Primat einer »komplementären Vernetzung«. Zu verstehen ist darunter u. a. eine »administrative Selbstbegrenzung«, die eine Stärkung vorinstanzlicher Problemverarbeitungsformen– allerdings ohne Leistungsabbau– zum Ziel hat.

Die Sozialadministrationen verstehen sich im Rahmen einer solchen »externen Dezentralisierung« nicht mehr als »allkompetente Problemlöser«, sondern vielmehr als Unterstützungs- und Beratungsinstanz für die Selbstorganisation und Selbsthilfe der Betroffenen. Angesichts der tiefgreifenden Zerstörungen informeller Sozialbeziehungen einerseits und der Tendenz zur Privatisierung von Sozialleistungen andererseits müssen allerdings allgemein zugängliche infrastrukturelle Voraussetzungen geschaffen werden, die die individuellen Ressourcen zur eigenkompetenten Lebensbewältigung zu mobilisieren in der Lage sind.

Für die *professionelle* Entwicklung ist weniger eine Deprofessionalisierung als vielmehr eine Neustrukturierung von Kompetenzprofilen zu fordern. Im Rahmen einer kommunalen Sozialarbeitspolitik werden die interaktionsbezogenen Kompetenzdimensionen durch strukturorientierte Bestandteile der Professionalität erweitert. Auf diese Weise zeichnet sich eine komplexe und vielschichtige Kompetenzstruktur des Sozialarbeiters/Sozialpädagogen ab, deren genaue Bestimmung weitere konzeptionelle Überlegungen und Untersuchungen erfordert.

Was die interaktionsbezogenen Kompetenzdimensionen betrifft, so sind diese im Kontext der allgemeinen Wert- und Identitätskrise neu zu bestimmen: Die Sozialarbeiter sehen sich stärker als bisher vor die Anforderung gestellt, »Lernumwelten« zu organisieren, die die Betroffenen in die Lage versetzen, einen tragfähigen Lebensstil im Sinne einer autonomen Lebenspraxis zu stabilisieren. Hierfür bedarf es vor allem *habituellem* Qualifikationselemente, die die sensible Ausdeutung von Sozialbiographien in symmetrischen Aushandlungsprozessen den Betroffenen ermöglichen. Damit zeichnet sich gleichzeitig ein Handlungsmodell professioneller Sozialarbeit ab, das nicht primär an der autonomen Definition von Hilfsbedürftigkeit und somit an der Sicherung und von Domänen orientiert ist, sondern stattdessen seine Qualität aus einem Prozeß des »Kompetenztransfers« bezieht; der einer weiteren »Kolonisierung von Lebenswelten« zuwiderläuft.

Hinzu kommt nun eine *Repolitisierung* von sozialarbeiterischen Problem Diagnosen und Handlungsstrategien, die auf eine »Einmischung in kommunalpolitische Prioritätensetzungen« abzielen. Wir haben es hier mit einer Problemperspektive

zu tun, die die kommunalpolitischen und administrativen Rahmenbedingungen der unmittelbaren Interaktion reflektieren. Die faktische Integration von sozialpädagogischen und politischen Aspekten bei der Steuerung lokaler Lebensbedingungen wird hier auf der Ebene der Kompetenz nachvollzogen.

Literatur

- Alber, J., 1980: Der Wohlfahrtsstaat in der Krise? Eine Bilanz nach drei Jahrzehnten Sozialpolitik in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Soziologie 9, S. 313 ff.
- Albers, W., 1976: Möglichkeiten einer stärker finanzorientierten Sozialpolitik, Göttingen.
- Badelt, C., 1980b: Sozioökonomie der Selbstorganisation, Frankfurt, New York.
- Badelt, C., 1980a: Community Action: Success, Failure, Prospects, MS. vorgelegt zum Symposium »Alternativen zur Steigerung der Effizienz und Effektivität staatlicher Transferpolitik« in Augsburg.
- Badura, B., 1978: Volksmedizin und Gesundheitsvorsorge, in: WSI-Mitteilungen 10, S. 542 ff.
- Badura, B., 1980: Wider den Mythos einer unsichtbaren Hand sozialer Selbsthilfe, MS. vorgelegt auf dem Symposium »Alternativen zur Steigerung der Effizienz und Effektivität staatlicher Transferpolitik« in Augsburg.
- Badura, B./Gross, P., 1976: Sozialpolitische Perspektiven, München.
- Becher, B./Nokielski, H./Pankoke, E., 1980: Sozialarbeit als kommunale Sozialpolitik, Expertise zum Symposium »Berufsfeld der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen«, Berlin.
- Beil, D., 1976: The Cultural Contradictions of Capitalism, New York.
- Bell, D., 1979: Die nachindustrielle Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg (1973).
- Berger, P. L./Berger, B./Kellner, H. 1975: Das Unbehagen in der Modernität, Frankfurt, New York.
- Berger, P. L./Th, Luckmann 1980: Soziale Mobilität und persönliche Identität, in: Luckmann, Th. 1980: Lebenswelt und Gesellschaft, Paderborn.
- Binswanger, H. C./Geissberger, W./Ginsburg, T. (Hrsg.) 1979: Wege aus der Wohlstandsfalle, Frankfurt/M.
- Bohnert, W./Klitzsch, W., 1979: Gesellschaftliche Selbstregulierung und staatliche Steuerung, in: R. Mayntz (Hrsg.): Implementation politischer Programme, Königstein/Ts., S. 100 ff.
- Böhnisch, L., 1980: Jugendpolitik und Sozialpolitik, in: Böhnisch, L./Müher-Stackebrandt, H./Scheffold, W. (Hrsg.): Jugendpolitik im Sozialstaat, München, S. 193 ff.
- Bond, G. R. u. a., 1979: Growth of a Medical Self-Help Group, in: Lieberman, M. A./Borman, L. D. and Associates: Self-Help Groups for Coping with, Crisis, San Francisco, Washington, London, S. 43 ff.
- Bourgett, J./Preusser, N./Völkel, R., 1980: Kommunale Sozialpolitik, Sozialökologie und Verwaltungshandeln in der Jugend- und Sozialhilfe, in: Müller, S./H.-U. Otto (Hrsg.): Sozialarbeit als Sozialbürokratie? Sonderheft 5 der Neuen Praxis, Neuwied und Darmstadt, S. 29 ff.
- Breuer, R., 1979: Selbstorganisierte Behindertenarbeit im Stadtteil, in: Runde, P./Kleinze, R. (Hrsg.): Chancengleichheit für Behinderte, Neuwied und Darmstadt, S. 219 ff.
- Cotgrove, St./Duff, A., 1981: Values and Social Change, in: British Journal of Sociology 32, S. 92 ff.
- Deutscher Bundestag 1.980: Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe– Fünfter Jugendbericht. Drucksache 8/3685.
- Dewe, B./Otto, H.-U., 1980 Über den Zusammenhang von Handlungspraxis und Wissensstrukturen in der öffentlichen Sozialarbeit, in: Neue Praxis 10, S. 127 ff.
- Dewe, B./Otto, H.-U., 1981: Symbolische Funktion und Wirkweise institutionalisierter. Problemdeutungen und Legitimationsmuster. Thesen zu einem Rekonstruktionsversuch von Wissensstrukturen im sozialpädagogischen Handlungsfeld, in: Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft (im Druck).
- Dießenbacher, H., 1979: Altruismus und helfende Berufe– Zur Problematik alltäglicher und professioneller Altruisten, in: Literatur Rundschau, Heft 2, Sonderheft der Neuen Praxis, Darmstadt und Neuwied.
- Domscheit, S./Kaufmann, F. X./Kühn, M., 1979: Innovative Politik im Einflußbereich verbandlicher Wohlfahrtspflege, in: R. Mayncz (Hrsg.): Implementation politischer Programme, Königstein/Ts., S. 176 ff.
- Dubin, R., Work and Nonwork: Institutional Perspectives, in: Dunette, M. D.: Work and Nonwork in the Year 2001, Monterey, Cal. S. 53 ff.
- Eßbach-Kreuzer, Ü., 1980: Mythos Selbsthilfe, in: Politikon Nr. 65, S. 8 ff.
- Ferber, C. v., 1967: Sozialpolitik in der Wohlstandsgesellschaft. Was stimmt nicht mit der deutschen Sozialpolitik? Hamburg.
- Fietkau, H.-J., 1980: Wertewandel und soziale Dienstleistung, Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft ILUVG/80-6, Berlin.

- Franz, P., 1977: Solidarisches Handeln lokaler Initiativgruppen– Erklärungsansätze und Forschungsprobleme, in: Zeitschrift für Soziologie 6, S. 334 ff.
- Freidson, E.: Dominanz der Experten, München, Berlin, Wien.
- Frey, R., 1976: Kommunale Selbstverwaltung im Verfassungsstaat, in: ders. (Hrsg.) Kommunale Demokratie, Bonn-Bad Godesberg S. 9 ff.
- Friedrichs, J., 1968: Werte und soziales Handeln. Ein Beitrag zur soziologischen Theorie, Tübingen.
- Fürst, D./J, I. Hesse, 1978: Zentralisierung oder Dezentralisierung politischer Problemverarbeitung? in: Hesse, J. J. (Hrsg.) Politikverflechtung im föderativen Staat, Baden-Baden, S. 191 ff.
- Gartner, A., 1980: Private and Cooperative Alternatives to the Public Transfer Policy, MS. vorgelegt zum Symposium »Alternativen zur Steigerung der Effizienz und Effektivität staatlicher Transferpolitik« in Augsburg.
- Gartner, A./Riessman, F., 1978: Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft, Frankfurt/M. (1975).
- Gartner, A./Riessmann, F., 1977: Self-Help in the Human Services, San Francisco, Washington.
- Gipser, D./M. Stein-Hilbers (Hrsg.), 1980: Wenn Frauen aus der Rolle fallen: alltägliches Leiden und abweichendes Verhalten von Frauen, Weinheim.
- Gotthold, J., 1978: Die Funktion der Gemeinden im gesamtgesellschaftlichen Planungsprozeß, in: Politische Vierteljahresschrift 19, S. 343 ff.
- Grauhan, R. R., 1978: Kommune als Strukturtypus politischer Produktion, in: ders./Hickel, R. (Hrsg.): Krise des Steuerstaates? Leviathan Sonderheft 1/1978, S. 229 ff.
- Grauhan, R. R./Leibfried, S., 1977: Die Sozialverwaltung zwischen politischer Herrschaft und politischer Produktion, in: Zeitschrift für Sozialreform 23, S. 65 ff.
- Grauhan, R. R./Linder, W., 1974: Politik der Verstärkung, Frankfurt/M.
- Greiffenhagen, M./S. Greiffenhagen, 1979: Das schwierige Vaterland, Hamburg.
- Gretschmann, K., 1980: Gemeinschaftliche Selbstorganisation öffentlicher Aufgaben: Möglichkeiten und Grenzen einer Entlastung des Staatshaushalts, MS. vorgelegt zum Symposium »Alternativen zur Steigerung der Effizienz und Effektivität staatlicher Transferpolitik« in Augsburg.
- Gronemeyer, R./Bahr, H.-E. u. a. 1979: Niemand ist zu alt. Selbsthilfe und Alten-Initiativen, Frankfurt/M.
- Gross, P., 1980: Reißt das Soziale Netz? Wachstumsgrenzen der Sozialpolitik und mögliche Alternativen, in: Wachstum kostet immer mehr. Magazin Brennpunkte 19 Frankfurt/M. S. 55 ff.
- Gröttrup, H., 1973: Die kommunale Leistungsverwaltung, Grundlagen der gemeindlichen Daseinsversorgung, Stuttgart.
- Grunow, D./Hegner, F./Lempert, J., 1979: Sozialstationen, Bielefeld (Schriftenreihe der Forschungsgruppe »Sozialplanung und Sozialverwaltung«).
- Hegner, F., 1980: Fremdarbeit und Eigenarbeit in der ambulanten Sozial- und Gesundheitspflege: Sozialstationen als Versuch einer Kombination professioneller und nicht-professioneller Hilfen für Kranke, Altersschwache und Behinderte, IIMV-Paper, 80-6, Berlin.
- Hegner, F./Schmidt, E. H., 1979: Organisatorische Probleme der horizontalen Politiksegmentierung und Verwaltungsfragmentierung, in: Kaufmann, F. X. (Hrsg.): Bürgernahe Sozialpolitik, Frankfurt, New York, S. 167 ff.
- Heiner, M., 1979: Die »Grünen« und die Sozialarbeit. Perspektiven einer zukünftigen sozialen Arbeit aus der Sicht der ökologischen Bewegung, in: Neue Praxis 9, S. 147 ff.
- Heinze, R. G./Olk, Th., 1981: Die Wohlfahrtsverbände im System sozialer Dienstleistungsproduktion. Zur Entstehung und Struktur der bundesrepublikanischen Verbändewohlfahrt, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 33, Heft 1, S. 94 ff.
- Herz, Th., 1979: Der Wandel der Wertvorstellungen in den westlichen Industriegesellschaften, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 31, S. 282 ff.
- Heyl, A. v./Prätorius, R., 1980: Kommunalverwaltung und Bürgerbeteiligung im Planungsprozeß. Grüne Theorie und graue Praxis, in: Hoffmann-Riem, W. (Hrsg.) Bürgernahe Verwaltung? Neuwied und Darmstadt, S. 260 ff.
- Hirschhorn, L., 1977: Social policy and the Life Cycle, A Developmental Perspective, in: Social Service Review 51, S. 434–450.
- Hirschhorn, L., 1979: Alternative Services and the Crisis Of the Professions. In Case, J./R. Taylor Coop, Communes and Collectives, New York.
- Holkstein, W., 1979: Die Gegengesellschaft, Bonn.
- Horn, K., 1972: Gruppendynamik und der »subjektive Faktor«, Frankfurt/Main.
- Huber, J., 1980: Wer soll das alles ändern? Berlin.
- Ike Nobutaka, 1973: Economic Growth and Intergenerational Change in Japan, in: The American Political Science Review, 67, S. 1194 ff.

- Illich, I., 1979: Entmündigende Expertenherrschaft, in: ders. u. a.: Entmündigung durch Experten, Reinbek bei Hamburg, S. 7 ff.
- Inglehart, R., 1977: *The Silent Revolution; Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton.
- Inglehart, R., 1979b: Wertewandel und politisches Verhalten, in: Matthes, J. (Hrsg.): *Sozialer Wandel in Westeuropa, Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages in Berlin*, Frankfurt/New York, S. 505 ff.
- Inglehart, R., 197a: Wert-wandel in den westlichen Gesellschaften: politische Konsequenzen von materialistische und postmaterialistischen Prioritäten, in: H. Klages/P. Kmiecik (Hg.): *Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel*, Frankfurt/New York, S. 279 ff.
- Iones, D./Maya, M. (Hrsg.), 1975! *Community Work II*, London/Boston.
- Japp, K. P./Olk, Th., 1980: Wachsende Bedürfnisbefriedigung oder Kontrolle durch soziale Dienstleistungen?– Normative versus funktionale Begründung von Entwicklungstrends des Dienstleistungssystems, in: Müller, S./H.-U. Otto (Hrsg.): *Sozialarbeit als Sozialbürokratie? Sonderheft 5 der Neue Praxis*, Neuwied und Darmstadt S. 60 ff.
- Japp, K. P./Olk, Th., 1981a: Identitätswandel und soziale Dienste: Thesen zur Reorganisation behördlicher Sozialarbeit, in: *Soziale Welt* 32, Heft 2, S. 143 ff.
- Japp, K. P./Olk, Th., 1981b: Expertise zur »Reorganisation der sozialen Dienste«, angefertigt für das Symposium zum Berufsfeld von an Fachhochschulen und Hochschulen ausgebildeten Sozialpädagogen und Sozialarbeitern. Durchgeführt von der DGFE, Kommission Sozialpädagogik, und der Konferenz der Fachbereichsleiter der Fachbereiche Sozialwesen in der Bundesrepublik, Berlin (im Erscheinen).
- Kaufmann, F. X., 1973: Zum Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialarbeit, in: Otto, H.-U./Schneider, S. (Hrsg.): *Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit Bd. I*, S. 87 ff.
- Kaufmann, F. X./Schäfer, O., 1979: Das Problem bürgernahe Sozialpolitik, in: Kaufmann, F. X. (Hrsg.): *Bürgernahe Sozialpolitik*, Frankfurt/M., New York, S. 17 ff.
- Keupp, H., 1978: Gemeindepsychologie als Widerstandsanalyse des professionellen Selbstverständnisses, in: Keupp, H./Zaumseil, M. (Hrsg.): *Die gesellschaftliche Organisation psychischen Leidens*, Frankfurt/M., S. 180 ff.
- Keupp, H., 1979a: Einleitung: Die Kontroverse um das richtige Verständnis von psychischer Störung und Normalität, in: ders., *Normalität und Abweichung*, München/Wien/Baltimore, S. 1 ff.
- Keupp, H., 1979b: Psychische Krankheit als hergestellte Wirklichkeit– eine Grenzbestimmung des Etikettierungsparadigmas, in: ders., (Hrsg.): *Normalität und Abweichung*, München/Wien/Baltimore, S. 199 ff.
- Kevenhörster, P./Windhoff Héritier, A., 1981: Öffentliche Erziehung zwischen Sozialstaatspostulat und Freiheitsgebot, in: *Zeitschrift für Politik (i. E.)*.
- Kickbusch, I., 1980: Selbsthilfe im Gesundheitswesen: Autonomie oder Partizipation, in: Neues, W./Oppermann, R. (Hrsg.): *Partizipation und Politik*, Göttingen, S. 381 ff.
- Klages, H., 1978: Anspruchsdynamik und Bürokratisierung, in: Geißler, H. (Hrsg.): *Verwaltete Bürger– Gesellschaft in Fesseln*, Frankfurt/M., Berlin, Wien, S. 100 ff.
- Klages, H., 1981: Überlasteter Staat– verdrossene Bürger? Zu den Dissonanzen der Wohlfahrtsgesellschaft, Frankfurt/M.
- Kmiecik, P., 1976: Wertstrukturen und Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen.
- Kohut, H., 1972: *Die Analyse des Selbst*. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Lutz Rosenkötter, Frankfurt/M.
- Kreutz, H., 1980: Zur Situation der jungen Menschen in der Bundesrepublik, in: *deutsche jugend* 28, S. 345 ff.
- Kudera, S., 1979: Arbeit, Biographietypen und Bewußtsein– Eine diachrone Perspektive der Konstitution von gesellschaftlichem Bewußtsein, in: Wolff, S./Lau, Th. /Kudera, S./Cramer, M./Bonß, W. (Hrsg.): *Arbeitssituationen in der öffentlichen Verwaltung*, Frankfurt/New York, S. 160 ff.
- Kühn, D., 1980: Historisch-systematische Darstellung von Neuorganisationsmodellen der kommunalen Sozialverwaltung, in: Müller S./H.-U. Otto (Hrsg.): *Sozialarbeit als Sozialbürokratie? Sonderheft 5 der Neuen Praxis*, Darmstadt und Neuwied, S. 90 ff.
- Kupffer, H. (Hrsg.): 1980: *Öffentliche Erziehung als Aufgabe der Gesellschaft*, Heidelberg.
- Kux, W. R., 1980: Effektivierungsmöglichkeiten politischer Partizipation durch Dezentralisierung von Entscheidungsstrukturen, in: Nelles, W./Oppermann, R. (Hrsg.): *Partizipation und Politik*, Göttingen, S. 113 ff.
- Lafferty, W. M., 1976: Basic Needs and Political Values. Some Perspectives from Norway and Europe's Silent Revolution; in: *Acta Sociologica*, 19, S. ff.
- Lasch, Chr., 1978: *The Culture of Narcissism*, New York.

- Lautmann, R., 1971: Wert und Norm, Opladen.
- Lautmann, R., 1980: Soziale Werte in der Konstitution soziale Probleme, MS. Beitrag zum 20. Deutschen Soziologentag in Bremen, Sept. 1980.
- Lehner, F., 1972b: Grenzen des Regierens, Königstein/Ts.
- Lehner, F., 1979a: Die »stille Revolution«; Zur Theorie und Realität des Wertewandels in hochindustrialisierten Gesellschaften, in: Klages, H./Kmieciak, P. (Hrsg.): Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/M., S. 317 ff.
- Levy, R., 1977: Der Lebenslauf als Statusbiographie, Stuttgart.
- Lieberman, M. A., 1979: Analysing Change Mechanisms in Groups, in: Lieberman, M. A./Borman, L. D. and Associates (Hrsg.): Self Help Groups for Coping With Crisis, San Francisco, Washington, London, S. 194 ff. Lieberman, M. A./Bond, G. R., 1979: Problems in Studying Outcomes, in: Lieberman, M. A./Borman, L. p. and Associates (Hrsg.): Self-Help Groups for Coping With Crisis, San Francisco, Washington, London.
- Lipp, W., 1978: Bürokratische, Partizipative und Kaderorganisation als Instrumente sozialer Steuerung, in: Die Verwaltung 11, S. 3 ff.
- Litwak, E./Meyer, H. J., 1966: A Balance Theory of Coordination Between Bureaucratic Organizations and Community Primary Groups, in: Administration Science Quarterly 11, S. 31 ff.
- Locke, E. A., 1976: The Natur and Causes of Job Satisfaction, in: Dunnette, M. D. (Ed.) Handbook of Industrial and Organizational Psychology, Chicago, S. 1297 ff.
- Luhmann, N., 1975: Lob der Routine, in: ders., Politische Planung, Opladen, S. 113 ff. (2. Auflage).
- Luhmann, N., 1978: Die Organisationsmittel des Wohlfahrtsstaat und ihre Grenzen, in: Geißler, H. (Hrsg.): Verwaltete Bürger– Gesellschaft in Fesseln, Frankfurt/M., Berlin, Wien, S. 112 ff.
- Manuskript für die Tagung »Stärkung des subjektiven Faktors«, Herbst 1980 im Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZIF) der Universität Bielefeld.
- Marsh, A., 1975: The »Silent Revolution«. Value Priorities and the Quality of Life in Britain, in: The American Political Science Review, 19, S. 21 ff.
- Marx, D., 1977: Soziale Probleme der heutigen Verstärkungstendenzen– Bestandsaufnahme und Folgerung, in: Külpe, B./Haas, H.-D. (Hrsg.): Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft, Berlin S. 289 ff.
- Marzahn, Chr., 1979: Wer soll eigentlich die Probleme lösen? Sechs Themen zum Verhältnis von Sozialpädagogik und Selbsthilfe, in: Brockmann, A. D./Liebel, M./Rabatsch, M. der Sozialarbeit 3, Reinbek bei Hamburg, S. 81 ff.
- Matzner, E., 1978: Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise, Reinbek.
- Mayer-Tasch, P. C. 1976: Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem, Reinbek.
- Mayer-Tasch, P. C. 1980: Dezentralisation und politische Ökologie, in: ders.: Ökologie und Grundgesetz, Frankfurt/M. S. 69 ff.
- Mayntz, R., 1979: Regulative Politik in der Krise? in: Matthes, J. (Hrsg.): Sozialer Wandel in Westeuropa, Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages Berlin 1979, S. ff.
- Meyer, N. I./Petersen, K. H./Sörensen, V., 1979: Aufruhr der Mitte, Hamburg (Originalausgabe Kopenhagen 1978).
- Moeller, M. L., 1978: Selbsthilfegruppen, Selbstbehandlung und Selbsterkenntnis in eigenverantwortlichen Kleingruppen, Reinbek.
- Mollenhauer, P., 1978: Wiederum: Das Ende einer Reform? Der Regierungsentwurf eines Jugendhilfegesetzes im Bundesrat, in: Neue Praxis 8, S. 401 ff.
- Morris, D./Hess, 1980: Nachbarschaftshilfe, Frankfurt/M.
- Müller, P. J./Bick, W. 1979: Die Bedeutung des Institutionengeflechts und intermediärer Instanzen für den Alltag, in: Matthes, J. (Hrsg.): Sozialer Wandel in Westeuropa, Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages Berlin 1979, Frankfurt/M., New York, S. 480 ff.
- Müller, S./Otto, H.-U. 1980: Gesellschaftliche Bedingungen und Funktionsprobleme der Organisation sozialer Arbeit im Kontext staatlichen Handelns, in: dies. (Hrsg.): Sozialarbeit als Sozialbürokratie? Neue Praxis Sonderheft S, Neuwied und Darmstadt, S. 5 ff.
- Müller, W., 1973: Die Relativierung des bürokratischen Modells und die situative Organisation, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 25, S. 719 ff.
- Nelles, W./Oppermann, R., 1979: Stadtsanierung und Bürgerbeteiligung, Göttingen.
- Neue Praxis Aktuell, 1980: Krise oder Ende? Zum desolaten Stand der Jugendhilfereform am Beginn der achtziger Jahre, Ausgabe Februar, Neuwied.
- Noelle-Neumann, E., 1977: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1976–1977, Band VII, München, Zürich, Innsbruck.

- Olson, M., 1965: *The Logic Of Collective Action*, Harvard University Press.
- Otto, H.-U., 1973: Professionalisierung und gesellschaftliche Neuorientierung– Zur Transformation des beruflichen Handelns in der Sozialarbeit, in: Otto, H.-U./Schneider, S. (Hrsg.), *Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit*, Bd. 2, Neuwied, S. 147 ff.
- Pahl, R. E., 1980: Employment, Work and the domestic division of labour, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 4, S. 1 ff.
- Pankoke, E./Nokielski, H., 1977: *Verwaltungssoziologie*, Stuttgart.
- Pankoke, E./Nokielski, H./Beine, Th., 1975: *Neue Formen gesellschaftlicher Selbststeuerung*, Göttingen.
- Pappi, F. U./Laumann, E. O., 1974: Gesellschaftliche Wertorientierungen und politisches Verhalten, in: *Zeitschrift für Soziologie* 3, S. 157–188.
- Peter, H., 1980: Erziehung– ein Prozeß der Sinnerarbeitung. Anmerkungen zur Diskussion, Bielefeld.
- Pitschas, R., 1980: Soziale Sicherung durch fortschreitende Verrechtlichung? in: Voigt, R. (Hrsg.): *Verrechtlichung*, Königstein/Ts., S. 1 50 ff.
- Prätorius, R., 1980a: Systemrationalität und Systemintegration. Zu einigen Aspekten der Dezentralisierungsdiskussion, MS. angefertigt für das Internationale Symposium »Alternativen zur Steigerung der Effizienz und Effektivität staatlicher Transferpolitik« in Augsburg.
- Prätorius, R., 1980b: Demokratie oder Demontage; Zur Begründung von Dezentralisation in der Sozialpolitik, in: Greven, M. Th./Prätorius, R./Schiller, Th: *Sozialstaat und Sozialpolitik. Krise und Perspektiven*, Neuwied und Darmstadt, S. 197 ff.
- Preller, L., 1970: *Praxis und Probleme der Sozialpolitik*, 2 Bände, Tübingen.
- Projektgruppe Jugendkontrolle Bremen, 1979: Von der Wiege bis zur Volljährigkeit? Modernisierungstendenzen der Jugendkontrolle unter dem Zeichen kommunaler Planung. Vergleichende Aktenuntersuchung im Jugendamt, in: *KrimJ* 11, S. 241 ff.
- Riedmüller, B., 1980: Der gemeindepsychiatrische Dienst im Widerspruch zwischen professionellen und nicht-professionellen Hilfen, in: *Leviathan* 8, S. 518 ff.
- Robinson, D./Henry, S., 1977: *Seif-Help and Health*, London.
- Rokeach, M., 1973: *The Nature of Human Values*, New York.
- Rönsch, H.-D., 1979: Grüne Listen– Protest, Wertewandel oder Elitenkonkurrenz, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 10.
- Scharpf, W. F., 1976: Theorie der Politikverflechtung, in: Scharpf, W. F./Reisert, B./Schnabel, F., *Politikverflechtung*, Kronberg/Ts., S. 13 ff.
- Schräder, H., 1957: *Kommunale Sozialpolitik*, in: Peters, H. (Hrsg.): *Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis*, Berlin, Göttingen, Heidelberg, Bd. II, S. 265 ff.
- Schumann, M., 1979: Professionalisierungsansätze und Vergesellschaftungsformen sozialer Arbeit, in: Brockmann, A. D./Liebel, M./Rabatsch, M. (Hrsg.): *Jahrbuch der Sozialarbeit* 3, Reinbek bei Hamburg, S. 67 ff.
- Strasser, J., 1979: *Grenzen des Sozialstaates?* Köln, Frankfurt/M.
- Strasser, J./Traube, K., 1981: *Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus*, Bonn.
- Strümpel, D., 1977: *Die Krise des Wohlstandes*, Stuttgart et al.
- Taylor, R. C. R., 1979: *Alternative Services: The Case of Free Clinics*, in: *International Journal of Health Services* 9, S. 227 ff.
- Tennstedt, F., 1975: Zur Ökonomisierung und Verrechtlichung in der Sozialpolitik; hi: Murswieck, A. (Hrsg.): *Staatliche Politik im Sozialsektor*, München, S. 139 ff.
- Thränhardt, D.; 1981: *Kommunaler Korporatismus, Deutsche Traditionen und moderne Tendenzen*, in: Uppendahl/Thränhardt (Hrsg.): *Neue Modelle kommunaler Demokratie (im Erscheinen)*.
- Trojan, A./Behrendt, J. U., 1980: Lokale Bewegungen: Modelle gemeindebezogener Gesundheitsselfhilfe in der BRD, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 3, S. 93 ff.
- Vogel, M. R., 1966: *Die kommunale Apparatur der Öffentlichen Hilfe*, Stuttgart.
- Voigt, R. (Hrsg.), 1980: *Verrechtlichung*, Königstein/Ts.
- Voigt, R., 1977a: Restriktionen kommunaler Sozialverwaltung, in: aus *Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung das parlament, B3/77 22. Januar 1977, S. 3 ff.
- Voigt, R., 1977b: Sicherung des sozialen Netzes durch Leistungsabbau in: *Zeitschrift. Sozialreform* 23, S. 493 ff.
- Voigt, R., 1981: *Sozialpolitik zwischen Verrechtlichung und Entstaatlichung– Bestandssicherung oder Abbau des sozialpolitischen Besitzstandes?* (Manuskript) Siegen.
- von Henniges, H., 1979: *Gewünschte Arbeitszeit vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer. Sonderauswertung aus der Voruntersuchung des BiBB/IAB-Projektes »Qualifikationsverwertung und berufliche Mobilität«*, in: *MittAB* 12, 263 ff.

- Wagener, F., 1978: Milderungsmöglichkeiten nachteiliger Folgen vertikaler Politikverflechtung, in: Hesse, J. J. (Hrsg.): Politikverflechtung im föderativen Staat, Baden-Baden, S. 149 ff.
- Wartenberg, G., 1978: Entwicklungsorientierte Jugendberatung und die paraprofessionelle Beraterrolle; in: Sozialarbeit und Therapie, Sonderheft der Neuen Praxis, Neuwied und Darmstadt, S. 108 ff.
- Weber, M., 1920: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1 Tübingen.
- Weber, M., 1972: Wirtschaft und Gesellschaft, Fünfte revidierte Auflage, Tübingen.
- Wegener, R., 1978: Staat und Verbände im Sachbereich Wohlfahrtspflege, Berlin.
- Weisbrod, B. A., 1976: Toward a Theory of the Voluntary Nonprofit Sector in a Three-Sector Economy, in: Pfaff, M. (Hrsg.): Grants and Exchanges; Amsterdam u. a., S. 227 ff.
- Wolff, S./Boriß, W.: Die Verwaltung sozialer Probleme– Arbeitsbedingungen und Organisationsstrategien der Sozialverwaltung, in: Wolff, S./Lau, T./Kudera, S./Cramer, M./Bonß, W.: Arbeitssituationen in der öffentlichen Verwaltung Frankfurt/New York, S. 61 ff.
- Yankelovich, D., 1974a: The New Morality, A Profile of American Youth in the 70's, New York.
- Yankelovich, D., 1974b: The Meaning of Work, in: Rosow, J. M., (Ed.): The Worker and the Job, Prentice-Hall, S. 19 ff.
- Yin, R. K./Lucas, W. A., 1973: Dezentralization and Alienation, in: Policy Sciences 4, S. 327 ff.
- Ziehe, T., 1973; Pubertät und Narzißmus. Sind Jugendliche entpolitisiert? Frankfurt/M.